

Ostpreußisches Landesmuseum Ritterstraße 10 21335 Lüneburg

Enquete-Kommission
„Kultur in Deutschland“
Dorotheenstraße 88
11011 Berlin

Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland«	
Eing.:	07. Sep. 2004 ⁶⁵⁷ _{Lt}
Anlg.:	J. 819

Ostpreußisches
Landesmuseum

Ritterstraße 10
21335 Lüneburg
Telefon 04131-75995-0
Telefax 04131-7599511

Aktenzeichen
Ka

Datum
6.9.2004

Anfrage EK-Kultur K.-Drs. 15/144a

Sehr geehrte Frau Bundestagsabgeordnete Connemann,

im folgenden darf ich Ihnen meine Antworten auf die mir vorgelegten Fragen zukommen lassen und Ihnen für die Arbeit der Enquete-Kommission viel Erfolg wünschen.

Stellungnahme zu dem Fragenkatalog der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ betr. die „Förderung auf der Grundlage von § 96 Bundesvertriebenengesetz: Wandel und Stellenwert“

Zu A) Kulturarbeit nach § 96 BVFG der Länder und Kommunen

1. Welche Schwerpunkte setzen die Länder und Kommunen bei ihrer Kulturförderung?

Das Land Niedersachsen fördert das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg institutionell mit ca. 30 % des Museumshaushalts. Wünschenswert wäre perspektivisch auch eine Landesbeteiligung an der seit 10 Jahren angestrebten und vom Bund unterstützten Erweiterung des Museums um eine deutschbaltische Abteilung, um museumspädagogische und publikumskommunikative Funktionsbereiche.

Die Kommune unterstützt die Museumsarbeit inzwischen zwar moralisch, aber nicht finanziell (im Gegensatz bspw. zum Donauschwäbischen Zentralmuseum in Ulm, zum Pommerschen Landesmuseum in Greifswald und zum Schlesischen Museum zu Görlitz).

2. Sind die Kulturleistungen der verschiedenen Siedlungsgebiete ihrer Bedeutung entsprechend z. B. in der Museumslandschaft vertreten?

Noch keine museale Pflege findet derzeit die über 700 Jahre währende Geschichte und Kultur der Deutschen im Baltikum (im historischen Sinne die Gebiete des heutigen Estland und Lettland), die zu entwickelten Kulturlandschaften führten und Brückenfunktionen zum östlichen Europa einnahmen. Auch das in der Konzeption im Zusammenhang mit Westpreußen erwähnte Posen taucht in der Museumslandschaft überhaupt nicht auf.

Wegen der geografischen und inhaltlichen Bezüge zwischen dem Baltikum und Ostpreußen, wegen des Vorhandenseins deutschbaltischer Institutionen in Lüneburg sowie wegen der Städtepartnerschaft zwischen Lüneburg und dem estnischen Dorpat/Tartu bieten sich ein erweitertes Ostpreußisches Landesmuseum und die Stadt als Standort einer musealen Präsentation des historischen Baltikums in mehrfacher Hinsicht an.

3. Wer sind in den Ländern und Kommunen die Träger der Kulturarbeit?

Öffentlich wahrgenommener Leistungserbringer ostpreußischer Kulturarbeit mit jährlich über 20.000 Besuchern ist das professionell arbeitende Ostpreußische Landesmuseum (6 Wissenschaftler, 2 Fachhochschulabsolventen und insgesamt 19 hauptamtliche sowie 51 neben- und ehrenamtliche Kräfte). Träger des Ostpreußischen Landesmuseums ist die landsmannschaftlich dominierte Ostpreußische Kulturstiftung mit Sitz in Bayern. Zweckmäßig wäre der Stiftungssitz am Museumsstandort, die Lösung des Museums aus den Abhängigkeiten landsmannschaftlicher Strukturen und die Einbeziehung der Stadt in die Stiftungsgremien.

4. Welche Rolle spielt das Ehrenamt in der Kulturarbeit vor Ort?

Das Museum ist ohne ehrenamtliche MitarbeiterInnen nicht in der Lage, sein breites Leistungsangebot aufrecht zu erhalten. Es hat durch besondere Werbeaktionen in den letzten drei Jahren ca. 30 ehrenamtliche MitarbeiterInnen aus der Region gewinnen können.

5. Welche Resonanz erzielen die Maßnahmen bei Vertriebenen bzw. ihren Nachkommen und anderen Bevölkerungsgruppen (z. B. Besucherzahlen, Altersstruktur von Besuchern und Teilnehmern)?

Das Ostpreußische Landesmuseum hat bisher jährlich über 20.000 Besucher zu verzeichnen. Ein Rekordstand wurde 1997 mit 33.000 Besuchern erreicht. Damit kann es in einer kleineren Stadt mit 4 weiteren Museen eine gute Frequentierung nachweisen. Die zunehmend geringer werdende Besucherzahl von Vertriebenen gleicht das Museum durch neu hinzu gewonnene allgemein kulturgeschichtlich interessierte Besuchergruppen aus. Durch eine sehr engagierte museumspädagogische Arbeit in Form von Angeboten für Kinder (Aktionen für Schulklassen und Ferienkinder, Kindergeburtstage etc.) und Erwachsene ist die Zahl jüngerer Besucher in den letzten Jahren spürbar erhöht worden. Wohl wie bei keinem anderen Museum des § 96-Bereiches werden bei uns Vertreter der Erlebnisgeneration in die Aktivitäten des Museums einbezogen.

6. Was ist die Ursache dafür, dass insbesondere kleinere Kultureinrichtungen lediglich von einer beschränkten Öffentlichkeit (schöne Formulierung – R. K.) frequentiert werden, und welche Maßnahmen – seitens der Kultureinrichtungen selber sowie seitens der zuständigen Förderebenen (Bund, Länder, Kommunen) – können zur Erschließung einer breiten Öffentlichkeit ergriffen werden?

Auch Museen können ihren Bildungsauftrag nur erfüllen, wenn sie in der modernen Medienwelt den Konsumerwartungen der mit Angeboten überhäuften potentiellen Besucher in vertretbarem Maße Rechnung tragen. Entsprechende Präsentationen, die den Museumsbesuch auch zum Erlebnis werden lassen, können sich nur personell und finanziell entsprechend ausgestattete Einrichtungen bestimmter Größenordnung leisten. Anzustreben ist die Integration bedeutenderer Sammlungsteile von Heimatstuben und Heimatmuseen in die größeren Einrichtungen und deren verstärkte öffentliche Förderung. Sammlungskonzentration ist auch unter dem Gesichtspunkt des enormen Verlustes kultureller Güter der historischen Ost- und Siedlungsgebiete zu fordern.

Nach aller Erfahrung ist die Hemmschwelle für Alltagsbesucher, „Vertriebeneneinrichtungen“ aufzusuchen, hoch. Uns ist erst nach längerer Zeit ein gewisser Durchbruch in dieser Beziehung dadurch gelungen, dass wir das „Vertriebenenimage“ abstreifen und uns zu einem „normalen“ Museum entwickeln konnten. Diese Entwicklung droht aber durch verstärkte Einflussnahme der Landsmannschaft auf das Museum und Disziplinierung seines Leiters leider wieder rückläufig zu werden.

7. Welche Möglichkeiten bestehen, durch Kooperation mit und Eingliederung in Landes- oder Stadtmuseen die Ausstellungsobjekte zu bewahren und sie einem breiteren Publikum zugänglich zu machen?

Eingliederungen in gegenstandsfremde Museen machen nur dort einen Sinn, wo sich Sammlungen themenbezogen in Dauerausstellungen integrieren lassen, bspw. bei Darstellung der Integration der Vertriebenen in die Zufluchtgebiete. Ansonsten wird der Besucher orts- und regionfremden Themen in Stadt- oder Landesmuseen eher skeptisch gegenüber stehen, wie das Beispiel der Thorner Stube im Lüneburger Stadtmuseum, dem Museum für das Fürstentum Lüneburg, zeigt

Fruchtbar erscheint uns die Zusammenarbeit mit regionalen und kommunalen Kultureinrichtungen, wenn man gemeinsam interessierende Themen finden kann, wo wir bei Ausstellungen als Partner auftreten. Dies ist uns mit der Lüneburger Stadtarchäologie bspw. schon erfreulich gelungen. Publikumswirksame Kooperationen gibt es auch mit anderen Einrichtungen wie Universität und Stadtmarketing.

8. Wie gestaltet sich die Kulturarbeit nach § 96 BVFG in Zeiten beschränkter öffentlicher Förderungsmöglichkeiten?

Schwierig! Fragwürdig ist die weitere Austrocknung eines sowieso unterfinanzierten Kulturbereiches, der die nationale und internationale Verpflichtung hat, kulturelles Gedächtnis für 25 % früheren deutschen Staatsgebietes und seiner Bevölkerung zu sein, die zu fremden Staaten gehörenden deutschen Siedlungsgebiete noch nicht einmal eingerechnet. Konzentriert werden sollte die öffentliche Förderung auf leistungsstarke innovationsfähige Einrichtungen wie die Landesmuseen für die früheren deutschen Ost- und Siedlungsgebiete.

9. Welche Entwicklung nimmt die Kulturförderung nach § 96 BVFG in den neuen Ländern auf Länder- und kommunaler Ebene?

10. Haben die Länder nach Fall des Eisernen Vorhangs ihre Kulturförderung nach § 96 BVFG ebenfalls den veränderten politischen Rahmenbedingungen angepasst?

11. Welche Konsequenzen haben Länder und Kommunen aus dem EU-Beitritt der ostmitteleuropäischen Nachbarn gezogen?

Zu B) Bundesförderung

1. Haben sich die mit der Neukonzeption des Jahres 2002 (gemeint ist wohl die vom Bundeskabinett am 20.9.2000 verabschiedete Konzeption – R.K.) verbundenen Erwartungen an eine Modernisierung, Professionalisierung und größere Effizienz der Kulturförderung nach § 96 BVFG erfüllt?

Insgesamt leider in keiner Weise. Viel eher ist durch gegenläufige Tendenzen eine Verschlechterung gegenüber dem vorherigen Zustand feststellbar.

2. Welche Entwicklungen sind als positiv zu bewerten, wo gibt es Defizite?

Die Abgrenzung zum Westpreußischen Landesmuseum in Münster (dessen Verlegung nach Lüneburg die Konzeption vorsah) ist weiterhin unklar. Bis 1466, als Teile des späteren Westpreußen zur Krone Polens kommen, stellen beide Museen die gemeinsame Geschichte seit 1231 dar. Erst seit den drei Teilungen Polens ab 1772 gibt es die Provinzen Ostpreußen und Westpreußen. Von 1824 bis 1878 gibt es wieder nur die gemeinsame Provinz Preußen. Nach dem Versailler Vertrag gelangt der größte Teil Westpreußens zu Polen. Die östlich des „Korridors“ verbliebenen Reste

Westpreußens gehören zur Provinz Ostpreußen, die westlichen Reste zur neu geschaffenen Grenzmark Posen-Westpreußen. Posen findet – anders als in der Konzeption erwähnt - bisher überhaupt keine museale Repräsentanz.

Die Konzeption sieht eine Stärkung des Ostpreußischen Landesmuseums und die Einstellung der institutionellen Förderung des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen vor. Realität ist die Schwächung des Ostpreußischen Landesmuseums und die Stärkung des letzteren (Streichung der seit 1987 bestehende Stelle des wissenschaftlichen Volontärs und Halbierung der Stelle des Kulturreferenten beim Ostpreußischen Landesmuseum einerseits, Weiterführung einer quasi-institutionellen Förderung auf dem Projektweg, Einstellung eines wissenschaftlichen Mitarbeiters, Ernennung seines Leiters zum Direktor beim Kulturzentrum andererseits).

Die Konzeption fordert eine „neue Trägerschaft mit stärkerer Verantwortung der öffentlichen Hände“. Diese Absicht ist nicht realisiert. Der am Ende einer Kette anderer Entwürfe jetzt vorliegende Satzungsentwurf wird den Anforderungen nicht gerecht. Nach wie vor steht der Museumsdirektor einem kompletten landsmannschaftlichen Vorstand gegenüber. Das ihm eventuell künftig zugebilligte Stimmrecht ist dabei nur von marginaler Bedeutung. Die nun nicht mehr vorgesehene beratende Teilnahme der öffentlichen Zuwendungsgeber (Bund und Land) am Vorstand stellt das Gegenteil der oben zitierten Konzeption dar.

Wie sollen in Zukunft Einrichtungen vergleichbare Motivation und Leistung erbringen, deren Voraussetzungen so grundunterschiedlich sind wie beim Pommerschen Landesmuseum einerseits (Museumsdirektor ist Vorstandsvorsitzender) und dem Ostpreußischen Landesmuseum (Museumsdirektor untersteht ehrenamtlichem landsmannschaftlichem Vorstand) andererseits?

Die vom Bund immer wieder zur Sprache gebrachte Zurückdrängung sach- und fachfremder Einflüsse auf die Arbeit der Einrichtungen ist nicht erkennbar. Auch hier ist eher eine früher nicht vorhandene Gegentendenz bestimmend. Die im Arbeitsvertrag fixierten Rechte des Museumsdirektors werden zunehmend unterlaufen. War früher in Museumsangelegenheiten der Museumsleiter Ansprechpartner der zuständigen Bundesbehörden, sind es jetzt die „zuständigen Gremien“, also in unserem Falle die Vertreter der Vertriebenenorganisationen. Zu entscheidenden Beratungen über die geplante Museumserweiterung wird der Museumsdirektor oft nicht hinzugezogen. Sitzungen des Museumsträgers, die die Arbeit der Einrichtung zum Gegenstand haben, werden in die Räumlichkeiten der Landsmannschaft nach Hamburg verlegt oder auch zur Verleihung landsmannschaftlicher Ehrungen genutzt. Wiederholt hat der Sprecher der Landsmannschaft und Stiftungsratsvorsitzende versucht, das Museum zur Bühne seiner politischen Statements zu machen. Im „Ostpreußenblatt“ (8.11.2003) verteidigt er den aus Fraktion und Partei ausgeschlossenen Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann „als Christ und Patriot“. Die Aktivitäten der Landsmannschaft im Rahmen der „Preußischen Treuhand“ wirken sich außenpolitisch tendenziell negativ auf das Museum aus. Meine Beschwerde bei der BKM über diese Entwicklungen sowie die Bitte um Realisierung der Konzeptionsinhalte wurde – unter Bruch des von mir als selbstverständlich vorausgesetzten Vertrauensschutzes - direkt an die Landsmannschaftsgremien des Museumsträgers weitergereicht. Die Folge war der Versuch einer fristlosen Kündigung, die schließlich in eine Abmahnung mündete.

Wer wissen will, wohin dieser Weg führt, die Landsmannschaften wieder zu Regisseuren der von der öffentlichen Hand finanzierten Kulturarbeit nach § 96 zu machen, schaue sich die Zeitung „Schlesier - Breslauer Nachrichten“ vom 25.6.2004 an, wo harsche Angriffe gegen den Direktor sowie den Kulturreferenten des Schlesischen Museums zu Görlitz und die Arbeit dieses Hauses geführt werden.

Einzig erkennbare positive Entwicklung ist derzeit die Hoffnung auf die in der Konzeption angesprochene Erweiterung des Museums durch Nutzung eines dem Museum gegenüber liegenden Bundesbankfilialgebäudes.

3. Wie hat sich die Installation von Kulturreferenten in den Landesmuseen bezüglich der kulturellen Breitenarbeit sowie der Verbindung professioneller Museumsarbeit und kultureller Breitenarbeit bewährt?

Wie erwartet, hat sich diese Maßnahme hervorragend bewährt und stellt sowohl für das Museum wie für das Tätigkeitsfeld des Kulturreferenten eine wesentliche Bereicherung dar.

Negativ wird sich ohne Zweifel die Halbierung dieser Stelle ab 2005 auswirken. Bisher war die Stelle des Kulturreferenten für Ost- und Westpreußen beim Ostpreußischen Landesmuseum als dem bei weitem größeren und leistungsfähigeren angesiedelt. Nun soll eine halbe Stelle Kulturreferent beim Westpreußischen Landesmuseum geschaffen werden, die auf unsere Kosten geht. Während ein Kulturreferent für Westpreußen es im Hinblick auf die Darstellungsgebiete nur mit polnischen Partnern zu tun hat, muss der künftig „halbierte“ Kulturreferent unseres Museums mit polnischen, russischen, litauischen, estnischen und lettischen Partnern ein ungleich größeres Gebiet beackern, dass mit einer halben Stelle nicht zu bewältigen ist. Auch im sonstigen Vergleich mit den Kulturreferenten für Schlesien oder Pommern ist nicht zu erkennen, welche Sachgründe bei uns für eine reduzierte Kulturreferentenstelle sprechen.

4. Wie gestaltet sich heute die kulturelle Breitenarbeit?

Ziel der kulturellen Breitenarbeit ist es, ein größeres Publikum auf die vielseitige Kultur und die wechselvolle Geschichte der früheren ostdeutschen Provinzen aufmerksam zu machen.

Diesem Zwecke dienen die Veranstaltungen und Projekte, die die Kulturreferentin zum Teil in Kooperation mit anderen kulturellen Institutionen und Bildungseinrichtungen im In- und Ausland durchführt.

Die Kulturreferentin erarbeitet und organisiert Schulprojekte. In diesem Jahr zum Beispiel das Schulprojekt: „Nikolaus Kopernikus und die Entstehung des modernen Weltbildes“, an dem Schüler des Gymnasiums „Europäisches Parlament“ in Frauenburg/Frombork (Polen) und der Kopernikus-Realschule in Lüneburg teilnahmen.

Studienfahrten können als eine geeignete Form angesehen werden, um die ost- und westpreußischen Kultur und Geschichte an ein interessiertes Publikum zu vermitteln. Im letzten Jahr organisierte die Kulturreferentin eine Studienfahrt zum Thema „100 Jahre Cadiner Keramik“, die im Zusammenhang mit der gleichnamigen Ausstellung stattfand, die von uns erarbeitet und danach auch im Westpreußischen Landesmuseum, im Oberschlesischen Landesmuseum sowie im Preußen-Museum in Wesel präsentiert wurde. Die diesjährige Studienfahrt zum Thema „Alte Schlösser und Gutshäuser in Ost- und Westpreußen“, wird in Kooperation mit einer polnischen Kunsthistorikerin durchgeführt. Dies sind zukunftsweisende Beispiele für die gewinnbringende grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Das Kulturreferat bietet Lehrerfortbildungen zu regionalspezifischen Themen an. Im Jahre 2003 organisierte die Kulturreferentin ein Lehrerseminar zum Thema: „Kaschubei – Geschichte und Kultur einer Region“.

Die Kulturreferentin bereichert das Angebot des Museums mit von ihr organisierten Veranstaltungen, die unterschiedliche Formen haben, wie zum Beispiel (Multimedia)-Vorträge, Konzerte, Autorenlesungen oder Diashows. Diese Veranstaltungen finden ein reges Publikumsinteresse.

5. Wird die Neukonzeption dem Anspruch, grenzüberschreitend zu wirken, auch nach dem vollzogenen EU-Beitritt der ostmitteleuropäischen Nachbarn gerecht?

Das Museum hat frühzeitig seine Aufmerksamkeit nach den Darstellungsgebieten gerichtet und die Zusammenarbeit mit den dortigen Museen und Kultureinrichtungen gesucht. So haben wir bereits 1991 – unmittelbar nach Öffnung des „Eisernen Vorhangs“ – gemeinsam mit dem Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf im Gebietsmuseum von Königsberg/Kaliningrad eine Ausstellung über ostpreußische Künstler vorgestellt. Seitdem haben wir von rund 80 Wechselausstellungen unseres Hauses allein 25 in Kooperation mit polnischen, russischen, litauischen (und in letzter Zeit auch estnischen und lettischen) Partnern erstellt. In etwa gleicher Anzahl waren wir mit Ausstellungen in den genannten Ländern vertreten. Die weiteste Verbreitung fand dabei unsere Ausstellung „Juden in Ostpreußen“, die sowohl im polnischen wie auch im russischen und litauischen Teil des früheren Ostpreußen gezeigt wurde. Jährlich weisen unsere Ausstellungs- und Veranstaltungsprogramme grenzüberschreitende Aktivitäten aus. Die Eröffnung der diesjährigen von vielen ausländischen

Leihgaben getragenen Ausstellung „Tabak und Tonpfeifen im südlichen Ostseeraum und in Schlesien“ fand am Tag des Beitritts von zehn neuen Mitgliedern zu EU in unserem Museum statt. An der Eröffnungsfeier nahmen Gäste aus Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Schweden, Polen, Estland und Lettland teil.

Eine rückläufige Entwicklung unserer grenzüberschreitenden Aktivitäten ist durch die jährliche Schrumpfung der Haushaltsmöglichkeiten jetzt schon gegeben und in Zukunft noch stärker zu erwarten.

6. Worauf gründet der Vorwurf, die Kulturförderung nach § 96 BVFG des Bundes führe zur Zentralisierung?

Insgesamt ist der Vorwurf aus unserer Sicht nicht begründet. Die geplanten Konzentrationen bspw. auf das Schlesische Museum zu Görlitz und das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg sind durchweg nicht realisiert. Arbeitsaufgabenverlagerungen (bspw. von Museumspublikationen) zum Deutschen Kulturforum östliches Europa haben sich bisher als wenig sinnvoll erwiesen. Effizienz sollte bei ähnlichen Vorhaben Hauptkriterium sein. Aus den Trägerstrukturen ziehen sich Bund und Länder zurück und überlassen das Feld ehrenamtlichen landsmannschaftlichen Gremien. Die in der Konzeption geforderte „stärkere Verantwortung der öffentlichen Hände“ wird hier ins Gegenteil verkehrt.

7. Wie hat sich die Neukonzeption auf die Rezeption der Kulturarbeit in der interessierten Öffentlichkeit, aber auch in der Wissenschaft ausgewirkt?

Kulturelle und wissenschaftliche Einrichtungen des § 96-Bereiches benötigen genau wie alle anderen Unabhängigkeit des Agierens, wenn sie von einer breiteren Öffentlichkeit und der Wissenschaft ernst genommen werden wollen. Das Ostpreußische Landesmuseum hat in dieser Richtung mit seiner Vielfalt von Ausstellungen, Publikationen und sonstigen Aktivitäten sich die Anerkennung bei Öffentlichkeit, Politikern vor Ort, bei wissenschaftlichen Institutionen (bspw. Historische Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung oder Deutsches Historisches Institut in Warschau), aber auch ausländischen Partnereinrichtungen über viele Jahre kontinuierlich erarbeitet. Die Konzeption hat die Hoffnungen auf weitere Verbesserung der Unabhängigkeitsbedingungen für diese Arbeit verstärkt. Man wird mit der Umkehrtendenz, manche Einrichtungen wieder stärker in den Dunstkreis der Landsmannschafts- und Vertriebenenverbände einzubinden, keine Fortschritte auf dem bisher beschrittenen Weg erzielen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Ronny Kabus
Museumsdirektor